



Herbstgutachten der Institute: Aggressive Interessenpolitik für Unternehmen!

Die sechs großen Forschungsinstitute haben ihr gemeinsames Herbstgutachten vorgestellt. Für das kommende Jahr prognostizieren sie einen leichten Aufschwung mit einem Wachstum von 1,2 Prozent. Eine umfassende Konjunkturbelebung, die auch für einen Abbau der Arbeitslosigkeit sorgen kann, bleibt aber aus. Träger des Wachstums bleibt auch weiterhin die Exportnachfrage, während vor allem die private und staatliche Konsumnachfrage am Boden liegt. Politikempfehlungen, wie dieses Problem behoben werden kann, bleiben die Experten allerdings schuldig. Statt dessen beten sie die neoliberale Standardlitanei herunter: Lohnkürzungen, Deregulierung, Steuersenkungen für Unternehmen und Sozialabbau. Wie damit die Binnennachfrage belebt werden soll, bleibt ihr Geheimnis.

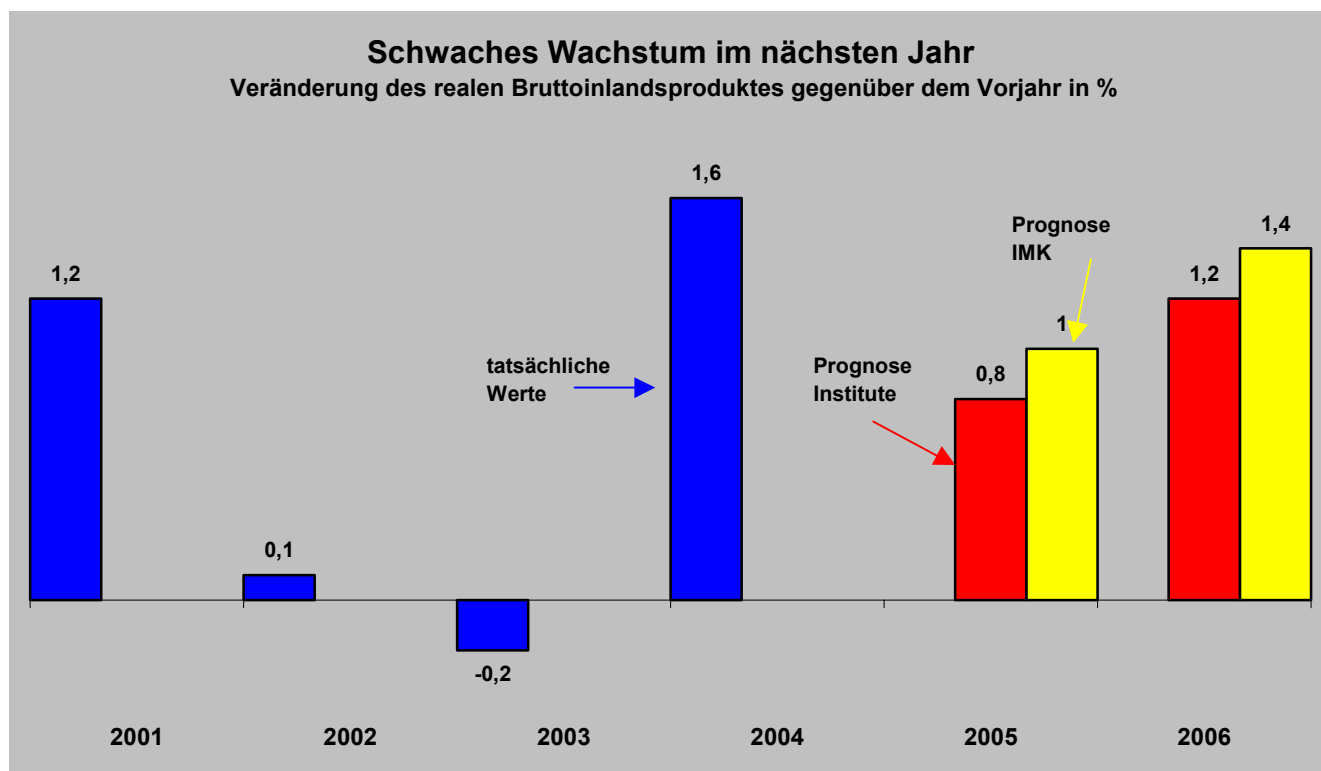
Leichtes Wachstum auf fragiler Grundlage

Trotz der stark gestiegenen Rohölpreise und weiter bestehender massiver Ungleichgewichte weist die Weltwirtschaft ein stabiles Wachstum aus. Vor allem China, die südostasiatischen Schwellenländer und die USA sind die Wachstumspole. **Deutschland profitiert mit seiner starken und wettbewerbsfähigen Industrie auch weiterhin von dieser Entwicklung**, zumal der Euro leicht abwertet, was die Konkurrenzsituation nochmals verbessert.

So häufen sich die Anzeichen für eine leichte wirtschaftliche Belebung. Dass die Institute ihre Frühjahrsprognose für 2006 leicht nach unten korrigieren

mussten, liegt an einer weiter sinkenden privaten und staatlichen Konsumnachfrage. Andere sehen die Situation noch etwas optimistischer: **die Prognose des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) geht von einem leichten, exportgetragenen Wachstum von 1,4 Prozent im nächsten Jahr aus.**

Dazu passen weitere Frühindikatoren, wie die optimistische Konjunkturmfrage des DIHK, die vor allem von einer zunehmenden Investitionstätigkeit ausgeht. Nachdem die Investitionsausgaben in den vergangenen Jahren stark geschrumpft waren, gibt es auch bei schwacher Nachfrage einen gewissen Nachholbedarf.



Politikempfehlungen der Institute: The same procedure ...

Alle wirtschaftlichen Indikatoren weisen auf ein dramatisches Nachfrageproblem hin:

- Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte schrumpft in diesem und im nächsten Jahr.
- Die staatliche Konsumnachfrage verringert sich und die öffentlichen Investitionen verharren auf einem Tiefstand.
- Auch die Anlageinvestitionen gehen zurück, nur in Ausrüstungen wird mehr investiert.
- Die Exporte wachsen weiterhin kräftig und vor allem deutlich stärker als die Importe.
- Die Tariflöhne steigen ausgesprochen moderat, im Juli 2005 lagen sie nur 1,3 Prozent über dem Vorjahresniveau.
- Deswegen steigen die Lohnstückkosten nur schwach, in der Industrie gehen sie zurück.

Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
	2004	2005	2006
Konsumausgaben	0,0	-0,5	-0,1
Private Haushalte	0,6	-0,5	-0,2
Staat	-1,6	-0,8	0,2
Anlageinvestitionen	-0,2	-0,9	1,4
Ausrüstungen	2,6	4,1	4,5
Bauten	-2,3	-4,9	-1,2
Exporte	9,3	5,9	6,5
Importe	7,0	4,2	5,1

Quelle: 2004 Statistisches Bundesamt, 2005 und 2006 Prognose der Institute

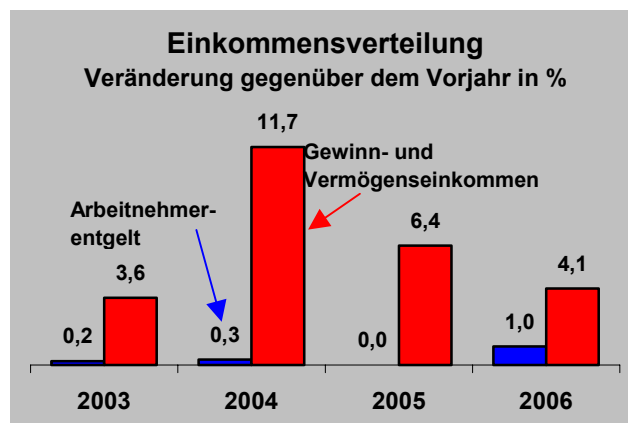
Nahezu unbehelligt von dieser ökonomischen Situation geben die Gutachter der neuen Bundesregierung Handlungsempfehlungen auf den Weg, die ausschließlich die Angebotsbedingungen für Unternehmen verbessern und weitgehend die Forderungen aus den letzten Gemeinschaftsgutachten wiederholen:

- Rückzug des Staates bei der Arbeitsmarktpolitik und den sozialen Sicherungssystemen (die Agenda 2010 reicht nicht).
- Weitere Kürzung der Staatsausgaben zur Haushaltskonsolidierung, obwohl dieser Weg in den letzten Jahren immer wieder gescheitert ist.
- Steuersenkungen für Unternehmen, Streichen von Steuervergünstigungen von Arbeitnehmern.

Zusätzlich sollte die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen erhöhen, was den schwachen Aufschwung endgültig abwürgen würde. Die Qualität der Gutachten hat sichtlich unter den personellen Veränderungen im DIW gelitten, wo die letzten nicht-neoliberalen Wissenschaftler vor die Tür gesetzt wurden.

Aggressive Forderung nach Reallohnkürzungen

Restlos in Widersprüche verstricken sich die Gutachter bei den Empfehlungen an die Tarifvertragsparteien. Zwar verweisen sie richtigerweise darauf: „Was zählt ist, wie stark die Realeinkommen und damit letztlich die Konsummöglichkeiten langfristig steigen.“ (Seite 45) Doch in ihren tarifpolitischen Forderungen propagieren sie das Gegenteil: **Löhne und Gehälter sollen nur noch um ein Prozent im Jahr steigen**, unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung. Das bedeutet schlicht Reallohnkürzungen und weitere Umverteilung von den Arbeitnehmereinkommen zu den Gewinnen.



Quelle: 2003 und 2004 Statistisches Bundesamt, 2005 und 2006 Prognose IMK

Dabei konnte schon in den vergangenen Jahren der verteilungsneutrale Spielraum nicht ausgeschöpft werden. Ein wichtiger Grund dafür war eine zunehmende Lücke zwischen den Tarifverdiensten und den Effektivlöhnen. Im Ergebnis waren die Beschäftigten die Verlierer. Diese verteilungspolitische Schieflage ist der Kern des Nachfrageproblems.

Mit ihrer Forderung, diese Kluft zu vertiefen, ergreifen die Institute nicht nur offen Partei für die Unternehmen und ihre Interessen, sie reden letztendlich einem aggressiven Lohndumping in der Eurozone das Wort, das in eine deflationäre Krise führen muss.

Eine Stärkung der Binnennachfrage ist nötiger denn je

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen das Scheitern der vorgeschlagenen Strategie. Statt dessen muss der Staat wieder gesamtwirtschaftliche Verantwortung zeigen. Die Rahmenbedingungen müssen in einer Phase der Wachstumsschwäche expansiv gesetzt werden, um die Binnennachfrage zu beleben. Die Tarifpolitik muss versuchen, in einem schwierigen Umfeld einen gerechten Anteil für Arbeitnehmer durchzusetzen. Und die EZB darf nicht die Zinsen erhöhen, weil es keine realen Inflationstendenzen aus der Binnenökonomie gibt.